

Sperrfrist bis 10.00 Uhr



Medienmitteilung

Mittwoch, 3. Februar 2021

Neues Klimaprogramm der Schweizer Wirtschaft

economiesuisse weist den Weg der Wirtschaft zum Netto-Null-Ziel

economiesuisse sagt JA zum revidierten CO₂-Gesetz. Zudem hat der Wirtschaftsdachverband an seiner heutigen Jahresmedienkonferenz ein «Klimaprogramm der Wirtschaft» mit neun Aktionsfeldern vorgestellt. Diese geben den Unternehmen konkrete Handlungsanweisungen zur Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2050. JA sagt economiesuisse auch zum Freihandelsabkommen mit Indonesien und zum Gesetz über die elektronischen Identifizierungsdienste. Schliesslich fordert economiesuisse einen effizienten und kompetenten nationalen Corona-Krisenstab.

Das heute von economiesuisse vorgestellte «Klimaprogramm der Schweizer Wirtschaft» enthält konkrete Handlungsanweisungen für die Unternehmen zur Senkung ihrer CO₂-Emissionen. Mit dem in neun Aktionsfeldern gegliederten Programm konkretisiert der Verband sein Bekenntnis, die CO₂-Emissionen der Wirtschaft bis 2050 auf Netto-Null zu senken. Die Aktionsfelder reichen von Effizienzsteigerung und Unterstützung von Brancheninitiativen bis hin zur Dekarbonisierung des Verkehrs und Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Das vollständige Programm findet sich auf economiesuisse.ch.

«In der Klimapolitik versteht sich die Schweizer Wirtschaft als Teil der Lösung», sagte Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung von economiesuisse anlässlich der Jahresmedienkonferenz. Und weiter: «Mit Innovationen und effizienten Technologien kann sie massgeblich zur Reduktion von Treibhausgasen und damit zur Lösung des Klimaproblems beitragen.»

Vor diesem Hintergrund hat economiesuisse die Ja-Parole zur Revision des CO₂-Gesetzes beschlossen. Der Dachverband trägt den Kompromiss des Parlaments mit, obwohl die Ausgestaltung des Gesetzes in einigen wesentlichen Punkten nicht seinen Vorstellungen entspricht.

Effizienter und kompetenter nationaler Corona-Krisenstab ist notwendig

Neben der Klimapolitik ist die Schweizer Wirtschaft mit weiteren grossen Herausforderungen konfrontiert: Vor allem die Corona-Krise belastet die Wirtschaft sehr stark. Die Schweiz steckt in der tiefsten Rezession seit Jahrzehnten. Sowohl die Binnenwirtschaft wie auch die Exportwirtschaft kämpfen weiterhin mit einem sehr schwierigen Marktumfeld. Die umfangreichen Stützungsmassnahmen von Bund und Kantonen in den vergangenen Monaten haben den Druck auf die Wirtschaft etwas vermindert, aber die Hotellerie und allgemein die Tourismusbranche, der Detailhandel und die Gastronomie leiden arg. Auch die Exporte verzeichneten im vergangenen Jahr aufgrund der Pandemie einen massiven Rückgang. «Es stehen uns noch schwierige Monate bevor», hielt Christoph Mäder an der Medienkonferenz fest.

economiesuisse begrüsst deshalb, dass der Bundesrat die Situation laufend evaluiert. Lockerungen der sehr teuren und für die Bevölkerung belastenden Corona-Massnahmen dürfen aber nicht durch verfrühte Entscheide ausgeschlossen werden. Ein schrittweises Vorgehen ist angezeigt.

economiesuisse forderte heute sofortige Verbesserungen im Krisenmanagement. In den letzten Tagen haben sich Bund und Kantone gegenseitig beschuldigt, ihre Hausaufgaben nicht rechtzeitig erledigt zu haben. Dies schadet dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Institutionen. Wir sollten unbedingt vermeiden, dass sich Bund und Kantone weiterhin gegenseitig die Schuld zuweisen. Vielmehr gilt es, die Kompetenzen klar zu regeln und die grossen Vorteile des Föderalismus zu nutzen.

Es braucht deshalb aus Sicht von economiesuisse einen effizienten und kompetenten nationalen Krisenstab. Der Bund muss auf Augenhöhe mit den kantonalen Leitern der Führungsstäbe zusammenarbeiten und sie beispielsweise in Impf- und Testfragen professionell begleiten können. Der Krisenstab müsste direkt dem Bundesrat unterstellt sein und schnell entscheiden und handeln können.

Umfangreiche Tests werden eine der wichtigsten Krisenmassnahmen sein, bis der grösste Teil der Bevölkerung geimpft sein wird. Die Wirtschaft hat es daher sehr begrüsst, dass der Bundesrat Ende Januar die Teststrategie angepasst hat. Diese gilt es nun rasch und entschieden auszurollen.

JA zum Freihandelsabkommen mit Indonesien und JA zur E-ID

Auch an wichtigen wirtschaftspolitischen Vorlagen fehlt es in den kommenden Monaten nicht. So kommen am 7. März gleich zwei für die Wirtschaft relevante Referenden an die Urne: Das Freihandelsabkommen mit Indonesien und über die elektronischen Identifizierungsdienste (E-ID). Zu beiden Vorlagen sagt economiesuisse JA.

Rückfragen:

Michael Wiesner

Telefon: +41 44 421 35 44

E-Mail: michael.wiesner@economiesuisse.ch

Sperrfrist bis 10.00 Uhr



Jahresmedienkonferenz 2021

Mittwoch, 3. Februar 2021

Es gilt das gesprochene Wort

Zweimal JA zum FHA Indonesien und zum E-ID-Gesetz

economiesuisse fordert einen effizienten und kompetenten nationalen Corona-Krisenstab

Christoph Mäder, Präsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Corona-Krise belastet die Wirtschaft noch immer stark. Die Schweiz steckt in der tiefsten Rezession seit Jahrzehnten. Für das vergangene Jahr rechnen wir mit einem Rückgang des Bruttoinlandprodukts von 3,5 Prozent. Und auch in diesem Jahr wird der erhoffte Aufschwung auf sich warten lassen. Sowohl die Binnenwirtschaft wie auch die Exportwirtschaft kämpfen weiterhin mit einem sehr schwierigen Marktumfeld. Die umfangreichen Stützungsmaßnahmen von Bund und Kantonen in den vergangenen Monaten haben den Druck auf die Wirtschaft etwas vermindert, aber Branchen wie die Hotellerie und der Tourismus allgemein, der Detailhandel oder die Gastronomie leiden arg. Und es stehen uns noch schwierige Monate bevor. Erst wenn die Bevölkerung durchgeimpft ist, können wir wieder zur Normalität zurückkehren.

Dem Vernehmen nach nimmt der Bundesrat heute eine Zwischenevaluation der implementierten Corona-Massnahmen vor. Wir begrüssen, dass die Landesregierung die Situation laufend evaluiert. Lockerungen der sehr teuren und für die Bevölkerung belastenden Corona-Massnahmen dürfen aber nicht durch verfrühte Entscheide ausgeschlossen werden. Ein schrittweises Vorgehen ist angezeigt. economiesuisse fordert zudem sofortige Verbesserungen im Krisenmanagement.

Die epidemiologische Lage hat sich in den letzten Wochen wesentlich verbessert. Die Lage in den Spitälern hat sich deutlich entspannt. Offensichtlich besteht aber weiterhin das Risiko einer erneuten Welle. Die Wirtschaft anerkennt daher, dass es weiterhin Massnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus braucht, zumindest bis grössere Teile der Bevölkerung geimpft sind. Die zentrale Frage aber ist, welche Massnahmen zu welchem Zeitpunkt wirklich nötig sind.

Wir befürchten, dass unter dem Eindruck der sich verbreitenden Virusmutationen und der damit verbundenen Unsicherheit überhastete Entscheide gefällt werden könnten. Wir erwarten vom Bundesrat, dass er die Evaluation ergebnisoffen vornimmt. Eine Verlängerung der sehr teuren Corona-Massnahmen darf nicht verfrüht beschlossen und künftige Lockerungsschritte dürfen nicht von vornherein ausgeschlossen werden.

Wir anerkennen, dass die Mitarbeitenden des Bundes seit Monaten einen grossen Effort leisten. Wir sind aber der Ansicht, dass die Organisation des Krisenmanagements dringend angepasst werden sollte. In den letzten Tagen haben sich Bund und Kantone gegenseitig beschuldigt, ihre Hausaufgaben nicht rechtzeitig erledigt zu haben. Dies schadet dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in unsere Institutionen. Wir sollten unbedingt vermeiden, dass sich Bund und Kantone weiterhin gegenseitig die Schuld zuweisen. Vielmehr gilt es, die Kompetenzen klar zu regeln und die grossen Vorteile des Föderalismus zu nutzen.

Es braucht deshalb aus unserer Sicht einen effizienten und kompetenten nationalen Krisenstab. Der Bund muss auf Augenhöhe mit den kantonalen Leitern der Führungsstäbe zusammenarbeiten und sie beispielsweise in Impf- und Testfragen professionell begleiten können. Der Krisenstab müsste direkt dem Bundesrat unterstellt sein und schnell entscheiden und handeln können.

Umfangreiche Tests werden eine der wichtigsten Krisenmassnahmen sein, bis der grösste Teil der Bevölkerung geimpft sein wird. Die Wirtschaft hat es daher sehr begrüsst, dass der Bundesrat am 27. Januar die Teststrategie angepasst hat. Diese gilt es nun rasch und entschieden auszurollen.

Die Unternehmen sind gerne bereit, ihren Beitrag an die Bekämpfung der Epidemie zu leisten. Das Beispiel Graubünden zeigt, dass Unternehmen bei grossflächigen und regelmässigen Tests mitmachen, wenn im Gegenzug Quarantänemassnahmen wegfallen. Solche Anstrengungen sind zu unterstützen und weiter auszubauen.

Freihandelsabkommen mit Indonesien stärkt nachhaltige Entwicklung

Neben der Bewältigung der Pandemie warten auf Bundesebene noch bedeutende wirtschaftspolitische Herausforderungen auf uns. So stimmen wir bereits in rund fünf Wochen über das Freihandelsabkommen zwischen der EFTA und Indonesien ab.

economiesuisse befürwortet dieses Freihandelsabkommen selbstverständlich. Als Exportnation ist die Schweiz auf offene Märkte angewiesen. Freihandelsabkommen sind in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mit steigendem Protektionismus und einer blockierten Welthandelsorganisation ein sehr wertvolles Instrument. Die Ratifikation des umfassenden Freihandelsabkommens mit Indonesien ist deshalb von grosser Bedeutung für die Schweizer Exportnation. Das asiatische Land dürfte sich bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt entwickeln und birgt für Schweizer Unternehmen ein enormes Potenzial. Zudem ist die Ratifikation auch richtungsweisend für den Abschluss von weiteren Abkommen mit aufstrebenden Märkten.

Auch für Indonesien ist das Abkommen ein Meilenstein. Es gewährt zollfreien Marktzugang für Industrieprodukte und Konzessionen für Agrargüter von besonderem Exportinteresse für das Land. Zudem enthält das Abkommen ein weitreichendes Nachhaltigkeitskapitel mit verbindlichen Verpflichtungen, die Indonesien bisher mit keinem anderen Handelspartner eingegangen ist. Diese Bestimmungen betreffen insbesondere den Handel mit Palmöl. Die Schweiz importiert nur sehr kleine Mengen an Palmöl aus Indonesien. Dabei handelt es sich beinahe ausschliesslich um nachhaltig produziertes Palmöl.

Die Intensivierung der Handelsbeziehungen stärkt die wirtschaftliche, soziale und ökologische Nachhaltigkeit in Indonesien. Schweizer Firmen schaffen nicht nur Arbeitsplätze und damit verbunden einen besseren Zugang zu Bildung und Gesundheit. Mit ihren hohen Nachhaltigkeitsstandards und hochwertigen Exportprodukten verhelfen sie zu einer ressourcenschonenderen Produktion vor Ort und einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen.

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien ist für die Schweizer Wirtschaft wegen des wirtschaftlichen Potenzials des südostasiatischen Landes von strategischer Bedeutung. Scheitert das Abkommen in der Referendumsabstimmung, wäre damit nicht nur der vorteilhafte Marktzugang nach Indonesien gefährdet, sondern auch ein wichtiger Pfeiler der Schweizer Aussenwirtschaftspolitik erheblich infrage gestellt.

E-ID-Gesetz: Vorteile für Wirtschaft, Gesellschaft und Staat

Ebenfalls am 7. März stimmen wir über das Bundesgesetz über elektronische Identifizierungsdienste – kurz E-ID-Gesetz – ab. Wir unterstützen dieses Gesetz, weil es für Wirtschaft, Gesellschaft und den Staat viele Vorteile bringt. Die heutigen Möglichkeiten zur Identifikation von Personen im Internet sind unübersichtlich und kaum reguliert. Viele Onlinedienstleistungen sind deshalb in der Schweiz noch gar nicht möglich.

Eine staatlich anerkannte E-ID ist wichtig für die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft des Standorts Schweiz. Sie bildet die Basis für zahlreiche digitale Innovationen und sie schafft die notwendige Rechtssicherheit und das Vertrauen, die es für erfolgreiche Geschäftsabschlüsse im digitalen Raum braucht. E-Commerce und E-Government erhalten einen Schub. Dass die Schweiz im Vergleich zu zahlreichen anderen Ländern noch keine eigene E-ID hat, schlägt sich auch im «World Digital Competitiveness Report IMD» nieder, in welchem die Schweiz 2020 zurückfällt.

Die E-ID ist kein digitaler Pass. Sie ermöglicht ausschliesslich die sichere elektronische Identifikation und sie ist kein Ersatz für den Schweizer Pass, der mit der Reisefreiheit oder politischen Rechten verbunden ist. Die E-ID ist freiwillig. Alle Arten von Behördendiensten sind weiterhin nicht-elektronisch möglich – an diesem Grundsatz ändert sich auch mit der E-ID nichts. Auch Online-Shopping muss gemäss Gesetz weiterhin ohne E-ID möglich sein.

Das Gesetz verlangt vertrauenswürdige Schweizer Lösungen. Es schafft klare Regeln für Datenschutz und Transparenz. Anbieter sind Schweizer Organisationen, die streng geprüft und regelmässig kontrolliert werden. Die Daten der Benutzer müssen in der Schweiz nach Schweizer Recht gespeichert werden. Das Gesetz ist bewusst technologieneutral formuliert und sieht vor, dass mehrere Organisationen E-IDs anbieten. Gemäss Gesetz sollen es Private, Kantone und Gemeinden sein. Sie alle können sich und ihr Angebot prüfen und anerkennen lassen. Innovation und Fortschritt sind den Anbietern überlassen.

Ohne E-ID-Gesetz würde sich unser Rückstand im digitalen Wettbewerb weiter vergrössern, zum Nachteil für den gesamten Innovations- und Wirtschaftsstandort. Zahlreiche Länder sind der Schweiz in der digitalen Entwicklung voraus. Mit der eigenen E-ID holen wir wieder auf und positionieren uns als modernes, wettbewerbsfähiges Land.

economiesuisse lehnt die beiden Agrar-Initiativen ab

Neben den beiden Referendumsvorlagen werden aktuell auch zwei Volksinitiativen gegen den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln diskutiert: Die Initiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» und die sogenannte «Trinkwasser-Initiative». Bundesrat und Nationalrat lehnen beide Initiativen ohne Gegenvorschlag klar ab.

Ein vollständiger Verzicht auf Pflanzenschutzmittel ist heute gemäss Bundesrat weder in der integrierten noch in der biologischen Produktion möglich. Der Bund setzt daher als Alternative auf den Aktionsplan Pflanzenschutz mit verbindlichen Reduktionszielen und auf eine schrittweise Risikoreduktion beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Rahmen der Agrarpolitik ab 2022 (AP 22+).

Auch vor dem Hintergrund dieser beiden wirkungsvollen Alternativen lehnt economiesuisse die beiden Agrarinitiativen dezidiert ab.

Herausforderungen in der Europapolitik

In der Europapolitik warten zwei Herausforderungen auf die Schweiz: Zum einen müssen wir in unseren Beziehungen zu Grossbritannien nach dem Brexit nachbessern und zum anderen könnten die kommenden Monate für das Rahmenabkommen entscheidend werden. Auf das Rahmenabkommen werden wir später zurückkommen. Ich beschränke mich hier auf unsere Beziehungen zu Grossbritannien.

Mit dem Abschluss des Abkommens zwischen der EU und Grossbritannien am 24. Dezember 2020 und dessen vorläufigem Inkrafttreten per 1. Januar 2021 haben sich die Umstände für die Schweizer Wirtschaft im Handel mit UK stark geändert, insbesondere aufgrund der unterschiedlichen Regeln der beiden Abkommen im Ursprungsbereich.

Da die Schweiz in ihren Abkommen mit der EU und mit Grossbritannien unterschiedliche zolltechnische Regeln hat, müssen Schweizer Unternehmen im Export nach UK neu Zölle bezahlen, wenn der Schweizer Wertschöpfungsanteil ihrer Produkte unter 50 Prozent liegt – das gilt umgekehrt auch für UK. Das verteuert Schweizer Exportprodukte seit dem 1. Januar 2021 und hat negative Auswirkungen auf den Bestand grenzüberschreitender Produktionsnetzwerke in Europa. Damit die Schweiz nicht in Rückstand gegenüber der europäischen Konkurrenz gerät, sind rasche Nachverhandlungen im Ursprungsbereich essenziell.

Die ersten positiven Signale der Bundesverwaltung und der britischen Botschaft in der Schweiz stimmen uns optimistisch, dass eine Lösung gefunden werden kann, die für beide Seiten passt.

Sperrfrist bis 10.00 Uhr



Jahresmedienkonferenz

Mittwoch, 3. Februar 2021

Es gilt das gesprochene Wort

Netto-Null bis 2050 – Das Klimaprogramm der Schweizer Wirtschaft

Referat Monika Rühl, Vorsitzende der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

In der Klimapolitik versteht sich die Schweizer Wirtschaft als Teil der Lösung. Mit Innovationen und effizienten Technologien kann sie massgeblich zur Reduktion von Treibhausgasen beitragen. Die Vorstandsgremien von economiesuisse haben dazu Ende letzten Jahres ein klares Bekenntnis verabschiedet: Die Unternehmen unter dem Dach von economiesuisse senken ihre CO₂-Emissionen bis 2050 auf Netto-Null. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen eines Klimaprogramms, das den Unternehmen mit neun Aktionsfeldern konkrete Handlungsanweisungen vorgibt.

Die Zielsetzung von economiesuisse deckt sich auch mit den Plänen des Bundesrats. Mit seinem direkten Gegenentwurf zur Gletscherinitiative und mit seiner langfristigen Klimastrategie geht er in dieselbe Richtung wie die Wirtschaft. Der Bundesrat verzichtet auf ein Verbot von fossilen Energieträgern, weil dies zu einschneidend ist und die technologische Entwicklung nicht berücksichtigt. Wichtig ist auch, dass der Bundesrat Kompensationen von schwer zu vermeidenden Emissionen sowohl im Inland wie auch im Ausland zulassen will. Zudem begrüssen wir, dass die Umsetzung sozial- und wirtschaftsverträglich wie auch technologieoffen ausgestaltet werden soll.

Wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen sind unabdingbar

Um das Netto-Null-Ziel bis 2050 erreichen oder gar übertreffen zu können, sind gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft unabdingbar. Folgende fünf Grundsätze müssen dazu berücksichtigt werden:

1. *Marktorientierung und internationale Vernetzung*

Das Vorgehen der Schweiz muss so gut und so breit wie möglich international abgestimmt sein. Nur so kann Klimaschutz erfolgreich betrieben und ein Wettbewerbsnachteil für die Schweiz verhindert werden.

2. *Flexibilität*

Für das Klima spielt es keine Rolle, wo und wie Emissionen eingespart werden. Es sollen deshalb

alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden – im Inland und im Ausland. Wir begrüßen es daher, dass der Bundesrat auch Kompensationen im Ausland zulassen will.

3. **Eigenverantwortung**

Technologiesprünge und Investitionszyklen halten sich nicht an politisch festgelegte Pfade. Deswegen wäre ein Verbot von fossilen Energieträgern auch nicht zielführend.

4. **Gleichbehandlung der Energieträger**

Die Wirtschaft setzt sich deshalb für eine Gleichbehandlung von Brenn- und Treibstoffen ein. Die Verantwortung für die Reduktion der Emissionen darf nicht an wenige energieintensive Branchen übertragen werden. Durch das Volk legitimierte Lenkungsabgaben sind dazu das umwelt-ökonomisch effektivste Instrument.

5. **Wettbewerbsorientierung**

Die klimapolitische Regulierung muss grundsätzlich so schlank wie möglich ausfallen und keine Subventionen beinhalten. Damit wird ein innovationsfreundliches Umfeld erzeugt.

Basierend auf dieser strategischen Grundausrichtung hat economiesuisse die Ja-Parole zum CO₂-Gesetz beschlossen. Die Wirtschaft trägt diesen politischen Kompromiss mit, obwohl die Ausgestaltung des Gesetzes in einigen wesentlichen Punkten nicht ihren Vorstellungen entspricht.

Ein konkretes Klimaprogramm zur Umsetzung

Wie will die Wirtschaft ihr ambitioniertes Netto-Null-Ziel bis 2050 erreichen? economiesuisse und die angeschlossenen Branchenverbände haben dafür ein «Klimaprogramm der Wirtschaft» mit neun Aktionsfeldern entwickelt. Diese Handlungsanweisungen untermauern die Grundsätze und konkretisieren deren Umsetzung. In den folgenden Ausführungen beschränke ich mich auf vier exemplarische Handlungsanweisungen für die Unternehmen – die vollständige Liste finden Sie auf unserer Website.

- **Prozesse optimieren und Effizienz steigern**
 - Obwohl die Schweizer Wirtschaft zu den effizientesten der Welt gehört, gibt es weiterhin Möglichkeiten, die Effizienz zu steigern und die Emissionen zu senken.
 - Über die Öffnung des Modells der Zielvereinbarungen wird die Schweizer Wirtschaft ihre Emissionen künftig noch konsequenter angehen und kann ihre Einsparungen um 50 bis 100 Prozent erhöhen.
 - Die CO₂-Intensität der Schweizer Unternehmen sank in den letzten Jahren kontinuierlich bis auf 86,6 Prozent im Jahr 2019. Damit hat die Wirtschaft den Soll-Zielwert von 91,7 Prozent bis 2022 bereits im letzten Jahr erreicht. Bis Ende 2019 hatten über 4000 Unternehmen 2405 Zielvereinbarungen abgeschlossen. Das entspricht etwa 50 Prozent des CO₂-Ausstosses von Schweizer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Dieses Erfolgsmodell kann nun mit dem totalrevidierten CO₂-Gesetz weiterverfolgt und verstärkt werden, da neu alle Unternehmen Zugang zu den Zielvereinbarungen erhalten.
- **Verkehr dekarbonisieren**
 - Aktuell ist der motorisierte Verkehr einer der grössten Verursacher des CO₂-Anstiegs in der Atmosphäre. Auch die Wirtschaft trägt massgeblich zum Verkehrsaufkommen bei. Mit einer Lenkungsabgabe sollen externe Klimakosten des motorisierten Verkehrs internalisiert und damit die Kostenwahrheit erhöht werden. economiesuisse fordert deshalb eine Gleichbehandlung von Brenn- und Treibstoffen.
- **Innovation, Forschung und Digitalisierung fördern**
 - Einen grossen Beitrag gegen die Klimaerwärmung kann die Schweizer Wirtschaft in ihrer Rolle als weltweiter Innovator und Technologielieferant erzielen.

- Sie setzt sich dafür ein, dass dies – gerade im Bereich der Bindung von CO₂ – politisch wie auch unternehmerisch besser umgesetzt wird.
- Durch Digitalisierung werden Effizienzsteigerungen erreicht und neue Geschäftsmodelle entwickelt. Deshalb sollen digitale Lösungen stärker als Treiber genutzt werden.
- **Freiwillige Einsparungen von Unternehmen und Branchenlösungen unterstützen**
 - Grosse Unternehmen machen es bereits heute vor und setzen sich Netto-Null- oder andere Klimaziele. Sie prüfen sämtliche Einsparoptionen und starten Umsetzungsprogramme. Solche Programme sollen via die Energie-Agentur der Wirtschaft und andere Umsetzungsorganisationen weiteren Unternehmen zu Einsparungen verhelfen.
 - Beispielsweise will der Nahrungsmittelkonzern Nestlé in den nächsten fünf Jahren für die Senkung seiner CO₂-Emissionen über 3 Milliarden Franken ausgeben. Das Netto-Null-Ziel soll entlang der gesamten Lieferkette bis 2050 erreicht werden. Bereits bis 2030 will Nestlé zudem seinen CO₂-Ausstoss auf die Hälfte reduzieren.

Ich komme zum Schluss: Die Wirtschaft trägt massgebend zur Lösung des Klimaproblems bei. Mit dem klaren Bekenntnis für ein Netto-Null-Ziel bis 2050 und den Handlungsanweisungen dazu in Form der Aktionsfelder bestätigt sie ihre konstruktive Rolle in der Klimapolitik und unterstützt den Bundesrat bei seinen langfristigen Klimaplänen. Die Wirtschaft setzt sich selbst ein ambitioniertes Ziel und will sich dadurch zur innovativsten und wirksamsten Kraft im Klimaschutz entwickeln.

Jahresmedienkonferenz

Mittwoch, 3. Februar 2021

Das Klimaprogramm der Schweizer Wirtschaft: Die neun Aktionsfelder

1. Netto-Null-Ziel bis 2050 umsetzen

Die Schweizer Wirtschaft unterstützt das im CO₂-Gesetz vorgesehene Einsparziel für die Schweiz von 50 Prozent bis 2030. Zusätzlich setzt sich die Wirtschaft mit dem Netto-Null-Ziel für die Reduktion ihrer in der Schweiz verursachten Emissionen bis 2050 ein.

2. Internationale Lösungen vorantreiben

Letztlich kann die Klimaerwärmung nur durch ein international abgestimmtes Vorgehen erfolgreich verlangsamt werden. Da die internationale Zusammenarbeit noch unzureichend funktioniert, soll sich die Wirtschaft für eine bessere internationale Abstimmung engagieren. Der EU Green Deal möchte unter anderem einen einheitlichen Mindestpreis für CO₂-Emissionen einführen und kann deshalb als eine Art «Klima-Club» bezeichnet werden. Die Schaffung eines umfassenden «Klima-Clubs» würde Wettbewerbsnachteile zwischen den teilnehmenden Handelspartnern ausschliessen und wäre ein möglicher Lösungsschritt in der Klimapolitik. economiesuisse unterstützt deshalb internationale Bestrebungen zur besseren Abstimmung der Politik in diese Richtung.

3. Prozesse optimieren und Effizienz steigern

Obwohl die Schweizer Wirtschaft zu den effizientesten der Welt gehört, gibt es weiterhin Möglichkeiten, die Effizienz zu steigern und die Emissionen zu senken. Über die Öffnung des Modells der Zielvereinbarungen wird die Schweizer Wirtschaft ihre Emissionen künftig noch konsequenter angehen und kann ihre Einsparungen um weitere 50 bis 100 Prozent erhöhen. Die CO₂-Intensität der Schweizer Unternehmen sank in den letzten Jahren kontinuierlich bis auf 86,6 Prozent im Jahr 2019. Damit hat die Wirtschaft den Soll-Zielwert von 91,7 Prozent bis 2022 bereits im letzten Jahr erreicht. Bis Ende 2019 hatten über 4000 Unternehmen 2405 Zielvereinbarungen abgeschlossen. Das entspricht etwa 50 Prozent des CO₂-Ausstosses von Schweizer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Dieses Erfolgsmodell kann nun mit dem totalrevidierten CO₂-Gesetz weiterverfolgt und verstärkt werden, da neu alle Unternehmen Zugang zu den Zielvereinbarungen erhalten.

4. Verkehr dekarbonisieren

Einer der grössten CO₂-Emittenten ist der motorisierte Verkehr. Auch die Wirtschaft trägt massgeblich zum Verkehr bei. Die durch die Emissionen verursachten Kosten werden gegenwärtig nicht in ausreichendem Mass durch die Verursacher getragen. Diesem Umstand sowie der bestehenden klimapolitischen Ungleichbehandlung von Emissionen aus Brenn- und Treibstoffen soll künftig mit einer CO₂-Lenkungsabgabe auf Treibstoffen entgegengewirkt werden. Mit einer Lenkungsabgabe sollen externe Klimakosten des motorisierten Verkehrs internalisiert und damit die Kostenwahrheit erhöht werden. economisesuisse fordert deshalb eine Gleichbehandlung von Brenn- und Treibstoffen.

5. Potenzial der Sektorkopplung realisieren

Die zunehmende Verbreitung von Wärmepumpen und der steigende Anteil von Elektrofahrzeugen stehen exemplarisch für die Elektrifizierung des Wärme- und des Verkehrssektors. In Kombination mit der Eigenproduktion einer Fotovoltaikanlage lassen sich so eindrucksvolle Synergiepotenziale realisieren und die Sektorkopplung von Stromproduktion, Wärmeerzeugung und Mobilität wird auch wirtschaftlich attraktiv. Längerfristig bietet zudem die Sektorkopplung der Bereiche Strom und Gas zusätzliche Potenziale für die saisonale Stromspeicherung und damit für eine Stärkung der Versorgungssicherheit im Winterhalbjahr. economisesuisse setzt sich deshalb für eine erfolgreiche Netzkonvergenz und Sektorkopplung zur Realisierung einer klimaneutralen Energieversorgung ein.

6. Innovation, Forschung und Digitalisierung fördern

Einen grossen und wirkungsvollen Beitrag gegen die Klimaerwärmung kann die Schweizer Wirtschaft über ihre Rolle als weltweiter Technologielieferant erzielen. Die Entwicklung und Verbreitung von innovativen und effizienten Lösungen soll politisch und unternehmerisch gestärkt werden. Das Engagement für günstige Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung wird hierzu weitergeführt. Die Wirtschaft unterstützt dabei insbesondere auch die Forschung im Bereich der CO₂-Abscheidung, -Speicherung oder -Verwendung (CCS/CCU) sowie im Bereich von Negativemissionen. Der im Rahmen der Totalrevision des CO₂-Gesetzes geschaffene neue Klimafonds soll insbesondere für die Forschungs- und Innovationsförderung genutzt werden. Die Digitalisierung eröffnet ein grosses Emissionsreduktionspotenzial. Mögliche Einsatzgebiete finden sich unter anderem in der Produktion, der Haustechnik, im Energiebereich sowie im Bereich der Mobilität. Um das Klimaschutz- und Wirtschaftspotenzial der IKT-Lösungen vollständig auszuschöpfen, müssen digitale Lösungen als Treiber erkannt und gefördert sowie ideale Rahmenbedingungen mit Anreizen geschaffen werden. Digitalisierungsoffensiven werden unterstützt.

7. Transparente Investitionsentscheide ermöglichen (Sustainable Finance)

economisesuisse unterstützt die marktgetriebene Nachfrage nach nachhaltigen Finanzprodukten. Die Wirtschaft setzt sich dafür ein, dass der Markt genügend nachhaltige Anlagemöglichkeiten zur Verfügung stellt. Staatliche Eingriffe und die Schaffung staatlicher Klassifikationssysteme sollen nur zurückhaltend und möglichst international koordiniert erfolgen. Hingegen sollen Aktivitäten zur Positionierung von nachhaltigen Unternehmen gefördert werden.

8. Freiwillige Einsparungen von Unternehmen und Branchen-Lösungen unterstützen

Grosse Unternehmen machen es bereits heute vor und setzen sich Netto-Null- oder andere Klimaziele. Sie prüfen sämtliche Einsparoptionen und starten Umsetzungsprogramme. Solche Programme sollen via die Energie-Agentur der Wirtschaft und andere Umsetzungsorganisationen weiteren Unternehmen zu Einsparungen verhelfen. Gleichzeitig variieren die Potenziale und technischen Möglichkeiten zur Einsparung von Emissionen stark von Branche zu Branche. Viele Branchen sind bereits mit eigenen Initiativen zur Erreichung von Netto-Null- oder anderen Klimazielen unterwegs. Unter dem Dach von economiesuisse werden solche Initiativen gebündelt und weiter unterstützt.

9. Transparenz schaffen

Die Schweizer Wirtschaft leistet bereits heute einen grossen Beitrag zur Energieeffizienz und Emissionsreduktion. Sie ist in vielen Bereichen international führend. Diese Beiträge an die Reduktion der Treibhausgase werden künftig noch besser und transparenter aufgezeigt – unter anderem durch eine verstärkte Kommunikation von Fallbeispielen oder der Einordnung von aktuellen Klimazahlen.

FAKTENBLATT: PALMÖL

→ EXPORTGUT PALMÖL: Was Sie hierzu wissen sollten

Kontakt

DR. JAN ATTESLANDER

Leiter Aussenwirtschaft

Mitglied der Geschäftsleitung

jan.atteslander@economiesuisse.ch

LUC SCHNURRENBERGER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter Aussenwirtschaft

luc.schnurrenberger@economiesuisse.ch

Vorbemerkung

Die Palmölproduktion gehört zu einem der wichtigsten Wirtschaftszweige Indonesiens. Gemäss eines Experten der Stanford University hat die Palmöl-Produktion zwischen 2000 und 2016 in Indonesien rund 1,3 Millionen Menschen aus der Armut befreit. Gleichzeitig birgt die Produktion von Palmöl soziale und ökologische Herausforderungen. Palmöl zu boykottieren, ist aber aus mehreren Gründen kein zielführender Weg – wie folgendes Faktenblatt darlegt.

Fakten zu Palmöl

– Indonesien ist der weltweit grösste Palmölproduzent

- 2019 betrug die globale Palmölproduktion rund 73 Millionen Tonnen, 42.5 Millionen Tonnen und somit 58 Prozent davon stammten aus Indonesien.

– Palmöl ist ein Hauptexportprodukt Indonesiens

- Der wertmässige Anteil des Palmöls an den gesamten Ausfuhren Indonesiens lag 2019 bei 8.8 Prozent. Zum Vergleich: Der Anteil verkaufter Uhren bei den Schweizer Exporten betrug im gleichen Jahr 9 Prozent.

– Die Palmölproduktion ist eine wichtige Einnahmequelle in Indonesien

- Rund 4 Millionen Menschen arbeiten in der Palmölproduktion und weitere 11 Millionen Menschen sind indirekt davon abhängig.

– Die Schweiz importiert nur marginale Mengen an Palmöl

- 2019 waren es insgesamt rund 24'000 Tonnen Palm- und Palmkernöl aus der ganzen Welt (21'308 Tonnen ohne Palmkernöl). Somit betrug der Anteil der Schweiz an den weltweiten Palmölimporten rund 0.04 Prozent.
- 2019 importierte die Schweiz 35 Tonnen Palmöl aus Indonesien. Dies entspricht einem Anteil von 0.0001 Prozent aller indonesischen Palmölexporte.

– Die Schweiz ist ein Absatzmarkt für nachhaltig produziertes Palmöl

- Laut dem Branchenverband Fial stammt beinahe 100 Prozent des in die Schweiz importierten Palmöls aus nachhaltiger, zertifizierter Produktion. Weltweit sind rund 20 Prozent des produzierten Palmöls zertifiziert.

– Es gibt ein Überangebot an nachhaltig angebautem Palmöl

- Die Nachfrage nach zertifiziertem Palmöl ist geringer als das Angebot. Mehr als ein Drittel des zertifizierten Palmöls findet keine Käufer, die bereit sind, den Aufschlag für die aufwendigere Produktion zu bezahlen.

– Es gibt mehrere Labels für nachhaltig produziertes Palmöl

- Das heute am weitesten verbreitete Label ist der Roundtable on Sustainable Palm Oil (RSPO) mit Sitz in Zürich. RSPO schreibt seinen Mitgliedern u.a. vor, keine Primärwälder zu roden und die Palmölplantagen durch unabhängige Prüfer kontrollieren zu lassen.
- Daneben haben die Länder der Palmölproduzenten oft eigene Labels. 2019 hatte Indonesien bereits rund 30 Prozent der Anbaufläche mit dem Indonesia Sustainable Palm Oil (ISPO) Standard zertifiziert.

– Palmöl ist vielseitig einsetzbar und oft schwer zu substituieren

- Palmöl wird vornehmlich in der Lebensmittelindustrie verwendet, aber auch in Kosmetika, Reinigungsmitteln oder als Energiequelle. Oft kann es dabei aufgrund seiner besonderen chemischen Eigenschaft schwer ersetzt werden. Palmöl ist bei Zimmertemperatur fest und geschmacksneutral.

– Palmöl ist die mit Abstand produktivste Ölpflanze

- Gemäss WWF liegt der Ertrag der Pflanze bei bis zu 3.3 Tonnen pro Hektar, was fünfmal höher ist als bei Raps, Sonnenblumen und Kokos.

– Ein grosser Teil der Palmölproduzenten in Indonesien sind Kleinbauern

- Rund 40 Prozent des produzierten Palmöls in Indonesien ernten Kleinbauern. Zielführende Massnahmen zur Förderung eines nachhaltigen Anbaus setzen deshalb hier an.

ABSTIMMUNG

7. März 2021

**Eine starke
Partnerschaft
für nachhaltigen
Handel.**



Ein Abkommen, das allen nützt

Am 7. März entscheiden wir über das Abkommen mit Indonesien. Der Vertrag erleichtert den Handel und fördert die Nachhaltigkeit. Die Schweiz profitiert ebenso wie die Bevölkerung und Umwelt im Partnerland.

Als Exportnation ist die Schweiz darauf angewiesen, dass sie ihre innovativen Produkte auf der ganzen Welt gut verkaufen kann. Deshalb braucht sie Verträge, die den Zugang zu wichtigen ausländischen Märkten sichern. Indonesien mit seinen 267 Millionen Einwohnern ist ein solcher Markt.

Das Abkommen, über das wir nun an der Urne entscheiden, beseitigt Zölle, vereinfacht Import und Export und verbessert den Patentschutz. Davon profitieren die Wirtschaft und die Bevölkerung in beiden Ländern. Der Vertrag nimmt aber auch stark Rücksicht auf die Anliegen der Bauern und des Naturschutzes.

Weitreichende Nachhaltigkeitsbestimmungen

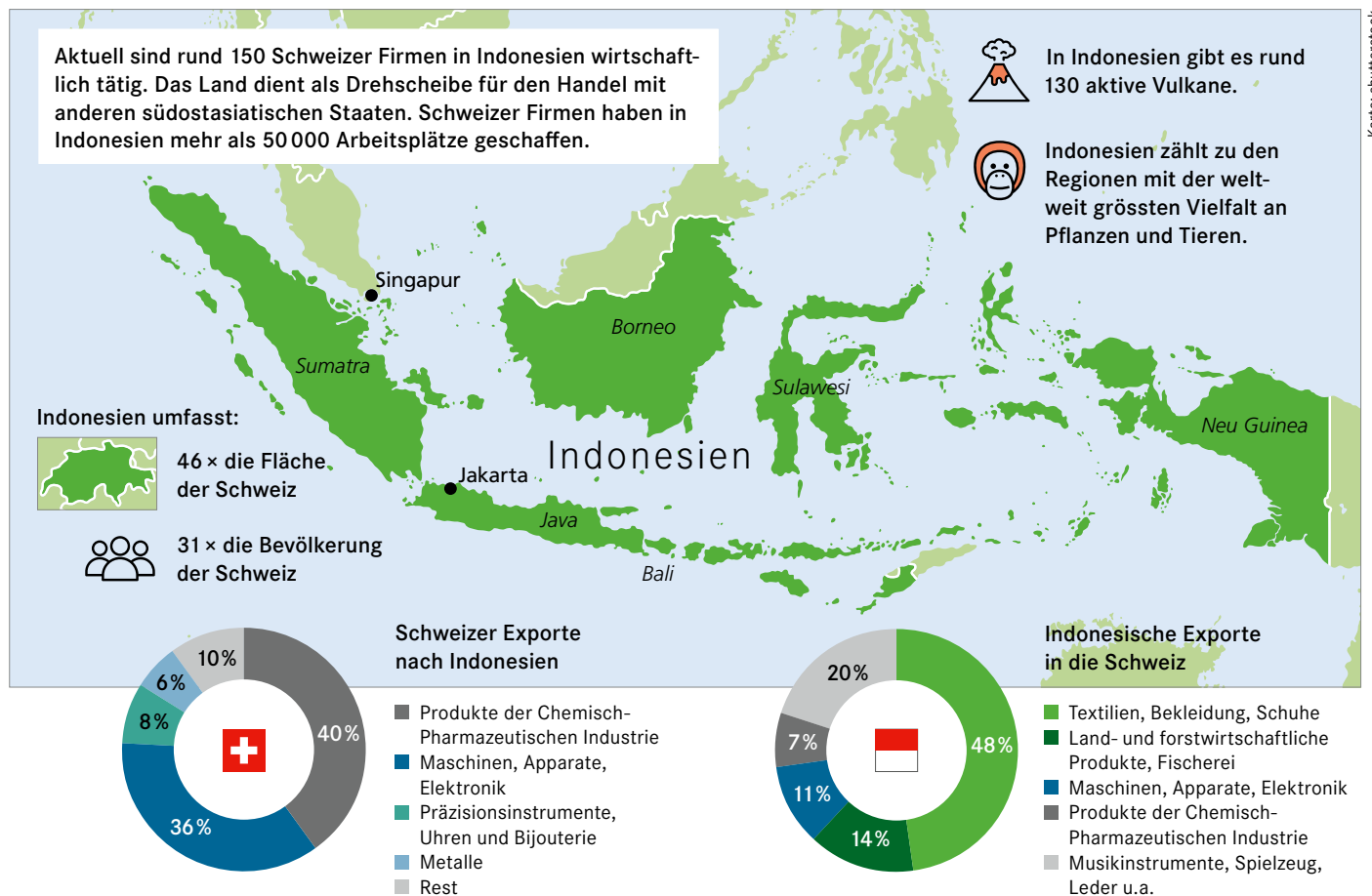
Das Abkommen mit Indonesien enthält umfassende Bestimmungen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Sie zielen auf den Schutz der Umwelt und der Rechte von Arbeitnehmenden. Konkret wird etwa verbindlich geregelt, dass nur nachhaltig produziertes und rückverfolgbares Palmöl von den Vorteilen des Abkommens profitieren kann.



«Das Abkommen mit Indonesien öffnet unserer Wirtschaft das Tor zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte der Welt. Deshalb sage ich JA am 7. März.»

Johann Schneider-Ammann
alt Bundesrat

Indonesien: bunter Vielvölkerstaat, verteilt auf 17 000 Inseln



«Mit dem Abkommen ergeben sich klare Wettbewerbsvorteile für Schweizer Unternehmen in Indonesien, vor allem bezüglich Kosten und Rechtssicherheit.»

Erwin Spichtig
CEO Sandmaster AG

Mit Schweizer Präzision auf Wachstumskurs

Die Sandmaster AG ist eines von über 150 Schweizer Unternehmen, die bereits heute in Indonesien tätig sind. CEO Erwin Spichtig verspricht sich positive Impulse vom neuen Abkommen.

Hochpräzise Sandstrahltechnik aus der Schweiz ist weltweit gefragt, auch in Indonesien. Die Sandmaster AG aus Zofingen hat bereits 2010 in Tangerang eine Produktionsstätte aufgebaut. Ausschlaggebend für den Entschluss war gemäss Spichtig, dass sich von hier aus der asiatische Markt gut erschliessen lässt. «Ausserdem ist es in Indonesien relativ einfach, ein KMU zu gründen.»

Land und Leute seien offen und zugänglich, die Verhältnisse relativ stabil. Spichtig will in Indonesien weiter wachsen. Eine wichtige Rolle spielt dabei das neue Abkommen. Neben direkten Vorteilen sieht er weitere positive Impulse – etwa die Verbesserung der Nachhaltigkeit bei lokalen Produzenten und Möglichkeiten für eine intensivere Zusammenarbeit.

Partner mit viel Potenzial

Indonesien ist einer der wichtigsten Zukunftsmärkte in Asien. Experten von PricewaterhouseCoopers schätzen, dass sich das Land bis 2050 zur viertgrössten Volkswirtschaft der Welt entwickeln wird – hinter China, Indien und den USA.

Trotz seiner Grösse findet man Indonesien in der Rangliste der wichtigsten Schweizer Exportpartner heute nur auf Platz 47. Das ungenutzte Potenzial ist enorm, denn das Land entwickelt sich rasch, hat eine wachsende Mittelschicht und grossen Investitionsbedarf.

Kontrolliert von der Farm bis zur Fabrik

Schweizer KMU wie die Koltiva AG tragen bereits heute zu einem nachhaltigen Handel in Indonesien bei. Das Freihandelsabkommen würde diesen künftig noch mehr fördern.

Seit 2013 ist Manfred Borer mit der Koltiva AG in Indonesien tätig. Das Schweizer Technologieunternehmen mit 450 Mitarbeitenden hat sich dort auf die Rückverfolgbarkeit nachhaltiger Lieferketten in der Kakao-, Kaffee-, Latex- und Palmölproduktion spezialisiert. Mit den angebotenen Softwarelösungen und Dienstleistungen wird ein nachhaltiger Handel von der Farm bis in die Fabrik unterstützt.

«Nebst innovativer Software ist dabei der direkte Kontakt zu den Farmern vor Ort matchentscheidend», erklärt Borer. «Inzwischen haben unsere Agronomen so bereits über 100 000 Palmölplantagen überprüft.» Dieses Jahr sollen es sogar 200 000 werden.

Mit dem Freihandelsabkommen dürfte sich der Trend hin zur Nachhaltigkeit in Zukunft noch verstärken. So profitiert beispielsweise nur nachhaltiges Palmöl vom Zollabbau. Borer sieht darin einen grossen Ansporn für Unternehmen, künftig ein besonderes Augenmerk auf eine nachhaltige Produktion zu legen.

Fotos: Roy Prasetyo, PT Koltiva



Ob Palmöl oder Kakao: Dank Schweizer Know-how können die Lieferketten bis zur einzelnen Farm zurückverfolgt und kontrolliert werden.

«Das Freihandelsabkommen gibt unseren Kunden vor Ort einen starken Anreiz, ihre Produktion noch nachhaltiger auszurichten.»

Manfred Borer
CEO, Koltiva AG

Wer sagt JA

Bundesrat, Parlament, FDP, Die Mitte, SVP, Grünliberale, EDU, economiesuisse, Schweizerischer Gewerbeverband, Vorstand Schweizer Bauernverband, Swissmem, Scienceindustries, IG Agrarstandort Schweiz, Schweizerisches Konsumentenforum, HotellerieSuisse

«Gezielte Klauseln zur nachhaltigen Produktion»



Christian Etter
war bis Januar 2018 Delegierter des Bundesrates für Handelsverträge, Botschafter und Chefunterhändler für zahlreiche Freihandelsabkommen der Schweiz.

Warum ist die Schweiz auf Freihandelsabkommen angewiesen?

Unsere Wirtschaft ist entscheidend vom Export abhängig. Freihandelsabkommen beseitigen Zölle und andere Marktzugangshindernisse und erhöhen die Rechtssicherheit. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Exporte.

Ist das Indonesien-Abkommen vorteilhaft für die Schweiz? Indonesien wächst stark und ist bevölkerungsmässig das viertgrösste Land der Erde. Entsprechend stark fallen die Vorteile ins Gewicht: tiefere Kosten für Exporteure, Beseitigung von Diskriminierungen und Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Der Bundesrat betont, punkto Nachhaltigkeit sei mehr erreicht worden als in früheren Abkommen. Stimmt das? Alle neueren Freihandelsabkommen der Schweiz enthalten explizite Bestimmungen zur Nachhaltigkeit. Zusätzlich enthält der Vertrag mit Indonesien gezielte Klauseln zur nachhaltigen Produktion von Palmöl, etwa zum Schutz der indigenen Bevölkerung und der Urwälder.

Palmöl: nicht mal zwei Container

Das gesamte Palmöl, das die Schweiz 2019 aus Indonesien importiert hat, hat in weniger als zwei Frachtcontainern Platz.



Das entspricht gerade mal 0,0001 Prozent des gesamten Palmöls, das Indonesien exportiert.

Palmöl wird standardmässig in 22-t-Containern importiert.



«Das Indonesien-Abkommen legt ein besonderes Augenmerk auf die Nachhaltigkeit bezüglich Umwelt und wirtschaftlicher Entwicklung und verdient deshalb ein klares JA!»

Christa Markwalder
Nationalrätin FDP



«Ein solches Handelsabkommen bietet gerade auch unseren KMU Chancen, in neuen Ländern Fuss zu fassen. Deshalb sage ich am 7. März klar JA zum fortschrittlichen und nachhaltigen Vertrag mit Indonesien!»

Lars Guggisberg
Nationalrat SVP



«Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Schweiz sichern wir mit bilateralen Freihandelsabkommen. Das Abkommen mit Indonesien setzt neue Massstäbe. Umso wichtiger ist ein JA am 7. März.»

Eva Jaisli
CEO PB Swiss Tools



«Durch das Freihandelsabkommen mit Indonesien kann die Schweiz im Bereich Wirtschaft und Umwelt einen aktiven Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten.»

Hans Jörg Rüegsegger
Präsident Berner Bauern Verband,
Grossrat SVP



«Zum ersten Mal legt die Schweiz in einem Freihandelsabkommen strenge Nachhaltigkeitskriterien für den Import fest und fördert damit fairen Handel. Ich sage deshalb JA zum Indonesien-Abkommen.»

Flavia Wasserfallen
Nationalrätin SP



«Von diesem Abkommen profitiert die Schweiz, aber es profitieren auch die Menschen und die Natur in Indonesien. Darum stimme ich überzeugt JA am 7. März.»

Jürg Grossen
Nationalrat und Präsident glp,
Unternehmer

Drei gute Gründe für ein JA

- ✓ Mit dem Indonesien-Abkommen öffnen wir Schweizer Unternehmen die Tür zu einem der wichtigsten Wachstumsmärkte weltweit.
- ✓ Das Abkommen berücksichtigt Umweltsorgen und legt grossen Wert auf Nachhaltigkeit, insbesondere im Bereich Palmöl.
- ✓ Diese Partnerschaft bietet Entwicklungschancen für beide Länder, sie schafft Arbeitsplätze und Wohlstand.


**Jetzt brieflich
abstimmen!**



www.indonesien-ja.ch

Überparteiliches Komitee «JA zum Abkommen mit Indonesien», Postfach, 8032 Zürich